

Demokratie und Zusammenhalt

Die Kommunen sind für die Bürger*innen der zentrale Ort der politischen Teilhabe. Hier wird für sie Politik konkret erfahrbar.

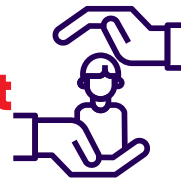
Deshalb müssen alle Einwohner*innen angemessen an kommunalen Entscheidungsprozessen beteiligt werden - auch nicht wahlberechtigte Ausländer, Kinder und Jugendliche. Nicht-EU-Ausländer*innen sollten das kommunale Wahlrecht erhalten, wenn sie länger als zwei Jahre hier leben.

Darüber hinaus müssen die Kommunen ihr Möglichstes tun, um der sozialen Spaltung in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken und sich für ein respektvolles und friedliches Miteinander vor Ort stark machen.

Dazu gehört auch, die Zusammenarbeit von Demokrat*innen in den Kommunalparlamenten zu stärken und die Zusammenarbeit mit der extremen Rechten zu unterbinden. Auch demokratische Wahlen machen aus der extremen Rechten keine Demokrat*innen.



Soziale Sicherheit



Kommunen sind verantwortlich für die soziale Infrastruktur vor Ort. Daher brauchen wir eine dauerhafte Finanzierung von Betreuungsangeboten, Notunterkünften, Frauenhäusern und Beratungsstellen ebenso wie eine auskömmliche und sichere Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendverbände.

Eine verlässliche, wohnortnahe Gesundheitsversorgung muss für alle Menschen gewährleistet sein – unabhängig davon, ob jemand ambulant oder stationär behandelt werden muss und unabhängig vom jeweiligen Geldbeutel.

Starke Wirtschaft

Gute Arbeit sollte ein Kernelement der Wirtschaftsförderung sein. Tarifgebundene und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze für alle Qualifikationsstufen müssen erhalten und neue geschaffen werden. Die industrielle Basis der Region muss gestärkt und der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden.

Die kommunale Daseinsvorsorge muss allen Menschen zu tragbaren Preisen zur Verfügung stehen. Gemeinwohlorientierung sollte Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.



Gewerkschaften zur Kommunalwahl in Ostwestfalen-Lippe

Gute Arbeit

Alle Menschen müssen vor Ort eine faire Chance auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bekommen. Gemeinsam mit den örtlichen Arbeitsagenturen, Jobcentern und Unternehmen müssen die Kommunen dafür Sorge tragen, dass die Arbeitsvermittlung gelingt und die kommunalen Eingliederungsleistungen erfolgreich angewendet werden.

Ein besonderes Augenmerk muss darauf liegen, Frauenerwerbstätigkeit zu fördern und Hürden auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Kinderbetreuung aus dem Weg zu räumen.

Kommunen können Tarifbindung und gute Arbeitsbedingungen aktiv fördern, indem sie öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die tarifgebunden sind. Und auch bei kommunalen Beteiligungsgesellschaften muss Tarifbindung sichergestellt sein.

Eine Vorreiterrolle kommt den Kommunen als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst auch bei der Digitalisierung zu, sie muss unter enger Beteiligung der Personalräte vorangetrieben werden. Gute Arbeit, mehr Qualifizierungsangebote und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf machen die Arbeit für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst attraktiver und sichern Fachkräfte für die Zukunft.



Gleiche Bildungschancen

Bildung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Deshalb erwarten wir von unseren Kommunen eine regional abgestimmte Bildungsplanung.

Gute Bildung beginnt in der KiTa, hier kommt den Kommunen als Träger eine verantwortungsvolle Rolle zu. Um dem Fachkräftemangel in Kitas entgegenzuwirken, muss der Beruf des/der Erzieher*in endlich attraktiver werden. Das gelingt mit einer Aufwertung der sozialen Berufe, besseren Arbeitsbedingungen und guten Personaleinsatzkonzepten.

Auch als Schulträger kommt den Kommunen eine zentrale Rolle zu. Sie müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit alle Kinder die gleichen Chancen bekommen. Dafür braucht es höhere Investitionen und eine Strategie zur aktiven Gewinnung von Fachkräften.

Beim Übergang von der Schule in den Beruf können die Kommunen durch flächendeckende und verantwortlich geführte Jugendberufsagenturen das Angebot zur Berufsorientierung unterstützen.



Mobilität für alle



Der Wohnsitz sollte nicht darüber entscheiden, ob man morgens verlässlich und schnell zur Arbeit kommt oder nicht. Der Erhalt und Ausbau der bestehenden Strukturen ist von zentraler Bedeutung, klimaverträgliche Verkehrsformen sollten besonders gefördert werden.

Um die verschiedenen Bedürfnisse aller Menschen aufzugreifen, fordern wir eine bessere Verknüpfung zwischen den Verkehrsformen, höhere Taktangebote und zusätzliche On-Demand Möglichkeiten.

Bezahlbares Wohnen

Wir brauchen eine Offensive beim sozialen Wohnungsbau, beim Bau von Azubi-Wohnheimen und bei der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen für kleinere Einkommen und Normalverdiener*innen.

Kommunalen Wohnungsbaugesellschaften kommt bei der Schaffung von Wohnraum eine besondere Bedeutung zu. Öffentliche Liegenschaften oder Baugrund sollten nicht verkauft, sondern vorrangig in Erbpacht vergeben werden. Sollte es dennoch zum Verkauf kommen, muss die Gemeinwohlorientierung entscheidend sein. Ein Verkauf an private Investoren darf nur unter Anwendung sozialer Kriterien zustandekommen.

